

Klimapolitik, Nachhaltigkeit und Soziale Arbeit

Michael Opielka

Die Verbindung zwischen Nachhaltigkeit und Sozialpolitik – und Sozialer Arbeit als ihrer Anwendung – bildet seit Jahrzehnten einen spannungsreichen, aber hochproduktiven Diskursraum. Bereits zur Gründungszeit der Partei Die Grünen im Jahr 1979 war deutlich, dass ökologische Politik nur dann tragfähig ist, wenn sie soziale Fragen mitberücksichtigt. Das Soziale wurde nie lediglich als additiver Faktor gesehen, sondern als konstitutive Dimension ökologischer Nachhaltigkeit. In meinem politischen wie wissenschaftlichen Werdegang – unter anderem im Rahmen der Sozialökologischen Forschung, der Sozialstaatsforschung und als Hochschullehrer – hat sich die Überzeugung gefestigt, dass Soziale Nachhaltigkeit eine Brückenfigur zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Zukunftsentwürfen darstellt.

1 Nachhaltigkeit als gesellschaftliche Herausforderung

Sozialpolitik und Umweltpolitik stehen seit Langem in einem spannungsvollen Verhältnis. Während die klassische Sozialpolitik auf die Regulierung der sozialen Risiken und Ungleichheiten infolge kapitalistischer Modernisierung zielt (vgl. Collier 2019), richtet sich Umweltpolitik auf die Eindämmung ökologischer Folgekosten industrieller Entwicklung. Beide Politikfelder operieren zumeist nebeneinander, selten miteinander. Diese institutionelle Versäulung erschwert integrierte Lösungsansätze – ein Umstand, der in empirischen Studien, etwa der DIFIS-Workshop-Auswertung (vgl. Bach/Opielka 2023), deutlich wird.

Zugleich hat sich eine doppelte Modernisierungsbewegung herausgebildet: Die Sozialpolitik reagiert auf soziale Ambivalenzen der Kapitalverwertung, während Nachhaltigkeitspolitiken die ökologischen Externalitäten industrieller Produktions- und Lebensweisen bearbeiten. Der verbindende Begriff, der beide Stränge systematisch aufeinander bezieht, ist jener der *Internalisierung*. Damit wird die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung auf individueller, kollektiver und institutioneller Ebene bezeichnet. Ohne Internalisierung – verstanden als kultureller, normativer und materieller Transformationsprozess – ist eine Lösung der Klimakrise nicht denkbar.

Institutionalisierte Sozialpolitik begann in den 1840er-, spätestens den 1880er-Jahren mit der politisch-normativen Reflexion auf soziale Ungleichheit und der auf Erfahrung und Reflexion folgenden politischen Aktion (vgl. Opielka 2008 m. w.N.). Etwa 100 Jahre später wiederholte sich dies für das Feld der Institutionalisierung der Umweltpolitik: Reflexion und Aktion (Opielka 2017b;

2023). Beiden Politikfeldern ist gemeinsam, dass in ihrem Zentrum eine Kritik der Externalisierung steht. Für die Sozialpolitik bedeutet das, dass der kapitalistische Produktionsprozess seine sozialen Folgekosten nach Möglichkeit auf Dritte auslagert, die sich nicht wehren können, vorzugsweise auf schlecht Organisierte: Behinderte, Migrierte, Frauen und überhaupt Arme, zudem auf künftige Generationen und den globalen Süden. In der Umweltpolitik tauchen diese sogenannten prekären Gruppen als unfreiwillige Empfänger:innen der ökologischen Folgekosten ebenfalls auf, hier kommt als weiterer Lastenträger die Natur selbst dazu: Ozonloch, Artensterben und, aktuell besonders drängend, die Klimakrise.

Für das Feld der sozialen Ungleichheit und Exklusion durch Kapitalismus und sozialen Wandel verfügen wir über gewaltige Daten. Für Deutschland ist der „Datenreport“ einschlägig, den das Statistische Bundesamt mit dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) und anderen Partnern verantwortet, der Titel der aktuellen Ausgabe von 2024 lautet: „Sozialbericht 2024“ (Destatis/WZB/BiB 2024). Eine politisch drängendere Variante liefert der „Sozialatlas 2022“ der Heinrich-Böll-Stiftung (2022). Obwohl der „Sozialbericht 2024“ ein ergiebiges Kapitel zu „Umwelt“ enthält (die grüne Böll-Stiftung verzichtet darauf erstaunlicherweise), ist die Datenlage für soziale Exklusion durch die Klimakrise deutlich dürftiger. So bedauert Katharina Bohnenberger in einem Überblicksbeitrag zur „Klimasozialpolitik“ für das Deutsche Institut für interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (DI FIS) die „vergleichsweise geringe Aufmerksamkeit, die aus sozialpolitischer Perspektive auf die sozialen Auswirkungen der Klimakrise“ in Deutschland gelegt wird (Bohnenberger 2022: 10). Immerhin würden zumindest die sozialen Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen erforscht, allerdings „vor allem Preis- und Marktösungen“, zudem herrsche „ein recht enges Verständnis von Verteilungs- und Teilhabefragen in quantifizierbaren, monetären Größen vor“ (ebd.: 8).

Das Austrian Panel on Climate Change (APCC), eine beeindruckende Initiative unter anderem der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Anlehnung an das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), erarbeitete den „Special Report 22: Strukturen für ein klimafreundliches Leben“, an dem ich gutachterlich für die Bereiche Ungleichheit und Sozialstaat mitwirken konnte. Das APCC resümiert eine Literaturfülle mit ähnlichem Ergebnis. Interessant ist dabei zweierlei: zum einen die Konzentration auf die Gebiete Mobilität und Wohnen, die zusammen zwar 57 Prozent der Emissionen ausmachen, damit geraten jedoch immerhin 43 Prozent der Emissionen mit ihrer Ungleichheitswirkung aus dem Radar (<https://klimafreundlichesleben.apcc-sr.ccca.ac.at>; Görg u. a. 2023: Kapitel 17 und 18). Zum anderen fällt auf, dass trotz der ökonomischen Fokussierung auf Einkommens- und Vermögenseffekte das Problem des „Rebound-Effekts“ kaum reflektiert wird. Dabei könnte an zahlreichen Beispielen gezeigt werden, dass Energie- oder Emissionseinsparungen durch Mehrverbräuche konterkariert werden, und zwar vor allem in der Mittel- und Oberschicht. Denn dort

kann viel mehr in Status- und Freizeitkonsum investiert werden, weil die Mittel vorhanden sind: mehr Wohnraum, weitere Reisen, schwerere SUVs.

Exklusion durch soziale Ungleichheit und Klimakrise beinhaltet, dass der sogenannte ökologische Fußabdruck der sozialen Unterschicht signifikant unter dem Fußabdruck der Mittel- und vor allem der Oberschicht liegt. Oxfam und Greenpeace haben neben anderen Studien vorgelegt, wonach global mehr als die Hälfte der Treibhausgase zwischen 1990 und 2015 den reichsten zehn Prozent der Haushalte, immerhin 15 Prozent der Emissionen dem reichsten ein Prozent, jedoch nur sieben Prozent der ärmeren Hälfte der Bevölkerung zugerechnet werden können (vgl. Nabernegg 2021: 50). In einem weniger ungleichen Land wie Deutschland ist diese Spreizung geringer. Wie das Beispiel der „Gelbwesten“ in Frankreich zeigte, können Gefühle von Neid und Abgehängtsein durch rechts- wie linkspopulistische Agitation auch und spektakulär bei denen mobilisiert werden, die gesamtgesellschaftlich betrachtet eher unschuldig sind.

Da Nachhaltigkeit nicht nur Emissionsminderung, sondern auch den Kampf gegen die abnehmende Biodiversität erfordert, werden Umsteuerungen der Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik nötig, die ebenfalls als Gleichheitsproblem gedeutet werden können, wie das Recht auf ein tägliches Schnitzel oder die Thüringer Wurst. Etwas weniger anschaulich könnte man zusammenfassen: Exklusion durch Externalisierung von Folgekosten scheint die düstere Signatur unserer Zeit und fordert Sozial- wie Klimapolitik heraus.

Wenn Externalisierung der Anlass für Sozial- wie Klimapolitik ist, dann ist Internalisierung das Programm zur Lösung. Aus der weit mehr als hundertjährigen Geschichte der Sozialpolitik wissen wir allerdings, dass es kein eindeutiges Programm dafür gibt. Der Sozialpolitikforscher Gøsta Esping-Andersen hat für die Deutung dieser Programme die Unterscheidung in drei Typen der Wohlfahrtsregime vorgeschlagen: liberal, sozialdemokratisch und konservativ. Ich habe diese Typologie aus soziologischer Sicht um das garantistische, menschenrechtsbasierte Regime als vierten Typus ergänzt (vgl. Opielka 2008; 2023). Die Ampelkoalition auf Bundesebene (2021 bis 2025) als liberaler, sozialdemokratischer und, wenn man so will, garantistischer Welfare-Mix in einem konservativen, also korporatistischen und statusorientierten Wohlfahrtsregime – denn das ist Deutschland nach wie vor in großen Teilen – musste damit alle vier Himmelsrichtungen der Sozialpolitik integrieren. Auf dem Feld der Umwelt- und Klimapolitik existieren erst zaghafte Regime-Überlegungen, was es nicht erleichtert, die diversen Programme der Internalisierung zu sortieren und zu verstehen (vgl. Zimmermann/Graziano 2020).

Die schon genannte Katharina Bohnenberger hat die Bemühungen zur Rekombination von Sozial- und Umweltpolitik anhand der Literatur nachgezeichnet, in Deutschland beginnend 1985 mit dem Buch „Die öko-soziale Frage“ (vgl. Bohnenberger 2022: 27; Opielka 1985). Inspiriert vom österreichischen Sammelband „Klimasoziale Politik“ (Die Armutskonferenz/Attac/BEIGEWUM 2021) hat sie den Begriff „Klimasozialpolitik“ für dieses große Programm der

Internalisierung vorgeschlagen. Ich selbst habe zuletzt den Begriff „Soziale Nachhaltigkeit“ favorisiert (Opielka 2017a), man wird sehen, was bleibt. Ob eine öko-sozialistische Utopie, wie sie die österreichischen Autor:innen und deutsche Sozialwissenschaftler wie Klaus Dörrie (2022) beschwingt, gesamtgesellschaftlich konsensfähig ist, mag man bezweifeln. Die Idee der Sozialen Nachhaltigkeit setzt in explizitem Bezug auf die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN (Sustainable Development Goals, SDG) eher auf einen Öko-Welfare-Mix.

Freilich liegt hier auch das Problem, das ein Bündnis zukunftsöffener Sozialpolitik- und Klimaforschender lösen muss: Wie genau kann eine so ausdifferenzierte moderne Gesellschaft im Mehr-Ebenen-System – bis hin zu EU und UN – gesteuert werden? Die Steuerungs-Idee der UN und auch der EU im „Green Deal“ ist Benchmarking und Best Practice, also keine Zentral-, sondern Dezentralsteuerung durch sorgsames Monitoring via Datenerhebung und evaluative Diskurse in ganz verschiedenen Formaten, die Regierungen, intergouvernementale Institutionen (z. B. World Health Organization [WHO], International Labour Organisation [ILO], UN Environment Programme [UNEP]) und NGOs zusammenbringen. Sozialpolitisch einschlägige Probleme gibt es zwei: das Verhältnis von Geld- und Sachleistungen bzw. Infrastrukturen und das Verhältnis von Marktsteuerung zu Staats- und Gemeinschaftssteuerung – beides seit Jahrzehnten auch zentrale Themen der modernen Sozialen Arbeit.

2 Der Begriff der Sozialen Nachhaltigkeit

Der Begriff der Sozialen Nachhaltigkeit hat in den letzten Jahren an semantischer und programmatischer Schärfe gewonnen. Im internationalen Raum – etwa bei der International Federation of Social Work (IFSW) oder in der UN-Agenda 2030 – finden sich ambitionierte Definitionen, die soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeitsziele integrieren. In Deutschland hingegen dominiert weiterhin ein sektoraler Politikansatz, in dem Sozial- und Umweltpolitik weitgehend getrennt voneinander agieren.

In meinem Beitrag in der Zeitschrift „Sozialer Fortschritt“ schlage ich eine konzeptionelle Differenzierung vor, die Soziale Nachhaltigkeit in vier idealtypische Verständnisse untergliedert (vgl. Opielka 2024b: 485–488; ausführlicher Opielka 2023: 42–58):

1. Das *enge* Verständnis: Soziale Nachhaltigkeit wird hier primär als Verteilungsfrage verstanden – als politische Reaktion auf soziale Ungleichheit im Kontext ökologischer Transformation. Hier liegt der Fokus auf Umverteilung, klassisch sozialdemokratisch oder gewerkschaftlich verortet.
2. Das *internale* Verständnis: Dieses konservative Paradigma versteht Soziale Nachhaltigkeit als Erhalt gesellschaftlicher Institutionen und Werte – Familie,

Ehrenamt, Gemeingüter – mit einer Betonung auf moralisch-kulturelle Reproduktion.

3. Das *skeptisch-liberale* Verständnis: Hier dominiert Skepsis gegenüber staatlicher Intervention zugunsten nachhaltiger Ziele. Soziale Nachhaltigkeit wird als potenziell ineffizient und marktkonträr wahrgenommen.
4. Das *weite* Verständnis: Der garantistische Ansatz verbindet Menschenrechte mit Nachhaltigkeit. Er versteht das Soziale als das Gesellschaftliche und betont universelle Rechte, Partizipation und Capabilities.

Diese Differenzierung ist nicht nur analytisch ergiebig, sondern politisch relevant, da sie auf unterschiedliche Regimeformen verweist – eine Brücke zur Wohlfahrtsregimetheorie (vgl. Esping-Andersen 1990; Opielka 2008). Die Typologie erlaubt es, die heterogenen Diskurse in Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft systematisch zu ordnen. Sie ist anschlussfähig an die Wohlfahrtsregimetheorie und erlaubt komparative Analysen auf nationaler wie globaler Ebene.

3 Wohlfahrtsstaat und Internalisierung

Die Wohlfahrtsregimetheorie – begründet durch Gøsta Esping-Andersen – bietet ein tragfähiges Instrumentarium zur Typisierung sozialstaatlicher Konstellationen. Sie unterscheidet liberale, konservative, sozialdemokratische und garantistische Regimetypen. In meinem Ansatz habe ich diese Typologie durch das Konzept der Sozialen Nachhaltigkeit erweitert.

Dabei zeigt sich, dass jeder Wohlfahrtsstaat mit spezifischen Leitvorstellungen auf die ökologische Frage antwortet. Während liberale Regime marktbasierete Lösungen wie CO₂-Bepreisung bevorzugen, setzen sozialdemokratische Systeme auf staatlich vermittelte Umverteilung und soziale Abfederung. Konservative Regime betonen Stabilität und Subsidiarität, während garantistische Ansätze menschenrechtlich fundierte Umgestaltungen befördern. Die Einbettung von Nachhaltigkeitspolitik in wohlfahrtsstaatliche Arrangements ist somit kein technisches, sondern ein normativ-politisches Projekt.

In den ersten Fragen dieses Beitrags nach Externalisierung und Exklusion und nach Internalisierung und ihren Problemen werden schon einige Verbindungslinien zwischen Sozial- und Klimapolitik deutlich geworden sein. Ich möchte die Frage nach dem Wohin dieser Verbindung unter zwei Gesichtspunkten abschließen, nämlich Interdisziplinarität und Transformation.

Den ersten Punkt, die Interdisziplinarität, möchte ich nur kurz diskutieren. Gemeint ist nämlich nicht nur wissenschaftliche, sondern auch politische Interdisziplinarität, eine Kooperation zwischen Politikfeldern. Für Parlamentarier:innen oder Leitungsstäbe von Staatskanzleien oder Bundeskanzleramt ist letzteres vertraut, für Fachpolitiker:innen allerdings nicht immer, für Verbände noch

weniger. Eine Verbindung von Klima- und Sozialpolitik erfordert freilich neue Akteurskonstellationen aus beiden Politikfeldern, auf allen politischen Ebenen (vgl. Bach/Opielka 2023). Daher ist die durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales geförderte Gründung des DIFIS außerordentlich zu begrüßen. Das DIFIS soll beide Dimensionen der Interdisziplinarität nutzen und gestalten und damit ihrem Gegenteil entgegenwirken, einem gemütlichen Beharren auf Versäulung und Partikularismus.

Die zweite Zukunftsaufgabe, die Transformation Deutschlands in Richtung Klimaneutralität und sozialer Gerechtigkeit, fand in aktuellen Koalitionsverträgen durchaus Niederschlag, zumal, wenn man die Landesregierungen einbezieht, die sich ebenfalls Nachhaltigkeit und etwas Soziales auf die Fahnen schreiben. Das Problem ist das „Etwas“. Ich möchte es für beide Politikfelder zumindest andiskutieren. Die übergreifende Signatur dabei lautet, nicht erst, aber auch motiviert durch den Ukraine-Überfall: Resilienz. Klima- und Sozialpolitik müssen resilient gestaltet und das heißt in unserer Terminologie auf Internalisierung gestellt werden.

Für die Klimapolitik bedeutet Resilienz eine „Great Transformation“, wie es der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung (vgl. WBGU 2011: 87–115) in Erinnerung an Karl Polanyi postulierte. Einerseits müssen Institutionen nachhaltig umgebaut werden, was durch starke Lobbyisten bekämpft wird. In Demokratien setzt dieser Umbau Legitimität voraus. Klimapolitik wird damit auch zur Lebensweisenpolitik, zur Politik kultureller Praktiken, vom Wenigerfleischkonsum zum achtsamen Reisen. Nachhaltigkeit als Identitätspolitik ökologischer Besserwisserei, als Propaganda von Postgrowth oder gar Degrowth, evoziert jedoch Gegenidentitätspolitik, spaltet die Gesellschaft und verhindert Resilienz. Andererseits drängt die Zeit. Die Erde erhitzt sich, viel zu viel an Artenvielfalt geht verloren. Womöglich erweist sich in diesem, wie es die Politikwissenschaft nennt, ‚wicked problem‘ die Sozialpolitik nicht als Problem, sondern als Lösung. ‚Wicked problems‘ sind Probleme mit vielen voneinander abhängigen Faktoren, die eine Lösung unmöglich erscheinen lassen. Da die Faktoren oft unvollständig, beweglich und schwer zu definieren sind, erfordert die Lösung der ‚wicked problems‘ ein tiefes Verständnis der beteiligten Akteure und einen innovativen Ansatz.

Ein solch innovativer Ansatz ist vielleicht eine garantistische Sozialpolitik. Garantismus bedeutet, dass Sozialpolitik ordentliche Minima garantiert, nicht jedoch die Beibehaltung des Lebensstandards in erwerbslosen Phasen. Zentrale Instrumente einer garantistischen Sozialpolitik sind, die Schweiz ist hier durchaus vorbildlich (vgl. Carigiet/Opielka 2006), Bürgerversicherungen sowie rationale Formen von Bürgergeld und Grundeinkommen, die sowohl Menschen in prekären Lebenslagen zugutekommen, als Teilhabegeld, als auch Interessierten am lebenslangen Lernen, als Bafög für alle (vgl. Opielka/Strengmann-Kuhn 2022). Eine garantistische Sozialpolitik reduziert die Erwerbsarbeits- und Statuszentrierung des deutschen Bismarck’schen Sozialstaats. Sie wird ein Klimageld als eine Art partielles Grundeinkommen in das Bürgergeld integrieren, solange es noch

relevante Emissionen gibt. Danach wird das Klimageld mit den CO₂-Steuern überflüssig. Eine garantistische Sozialpolitik passt zur Klimapolitik, weil sie vom Status absieht und auf das allgemein Menschliche hinsieht.

Ob eine Transformation in die hier beschriebene Richtung in Deutschland möglich ist, mögen viele bezweifeln, wir sollten das Gegenteil tun. Wenn die Bevölkerung gefragt wird, dann bejaht sie seit Jahrzehnten alle Grundelemente einer garantistischen Sozialpolitik, nur die Eliten bremsen. Ihre Privilegien könnten schwinden. Viele davon werden bleiben, so schnell kriecht der Lobbyismus nicht zu Kreuze. Doch alle werden gewinnen, wenn unsere Welt lebenswert wird und bleibt. Dieser Text ist Teil der „Großen Erzählung“, wonach alle durch Nachhaltigkeit gewinnen. Große Erzählungen oder Narrative werden in jüngster Zeit für die Zukunftsgestaltung wiederentdeckt. Der Wirtschaftsnobelpreisträger Robert J. Shiller (2020) spricht von einer „narrativen Wirtschaft“ und vermutlich gilt das für die ganze Gesellschaft. Wir können nur wollen, was wir kennen. Timur Kuran und Cass R. Sunstein (1999) haben schon vor mehr als zwei Jahrzehnten auf die „availability cascades“ hingewiesen, Kaskaden der Zugänglichkeit, die wesentlich über die Risikoregulation moderner, medial vermittelter Gesellschaften entscheiden. Das macht eine Transformation zu Sozialer Nachhaltigkeit nicht einfach, aber einfacher, wenn man weiß, dass und wie sie gehen kann.

4 Soziale Arbeit für Soziale Nachhaltigkeit

Soziale Arbeit ist in der Lage, die oft abstrakt bleibenden Nachhaltigkeitsziele in konkrete soziale Praktiken zu überführen. Sie ist nah an den Lebenslagen der Menschen und operiert in lokalen Räumen, in denen ökologische und soziale Transformationen direkt spürbar werden.

Besonders bedeutsam ist dabei die Fähigkeit der Sozialen Arbeit zu holistischem Denken: In multiprofessionellen Teams, in der Gemeinwesenarbeit oder in der inklusiven Bildungspraxis entstehen Verknüpfungen von Sozialem, Ökologie und Ökonomie, die für die Agenda 2030 paradigmatisch sind. Darüber hinaus kann die Soziale Arbeit auch zur politischen Bildung und Demokratieförderung beitragen – beides essenzielle Voraussetzungen für eine gerechte Nachhaltigkeitstransformation.

Auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) an der Ernst-Abbe-Hochschule Jena im April 2024 hielt ich einen Vortrag zum Thema „Soziale Nachhaltigkeit und Soziale Arbeit“, Chair der Sitzung war Prof. Dr. Sigrid Leitner (TH Köln), Vortrag und Diskussion finden sich online (Opielka 2024a). Sie zeigen Relevanz und Konflikthaltigkeit des Themas. Soziologie, Sozialpolitik und Sozialreform managen seit dem späten 19. Jahrhundert Ambivalenzen und Externalisierungen der kapitalistischen Entwicklung. Nachhaltigkeitsforschung, Umweltpolitik und Ökologisierung managen seit dem späten 20. Jahrhundert die Ambivalenzen und Externalisierungen der industrialistischen

Entwicklung. Beide Grundströmungen Sozialer Nachhaltigkeit basieren auf der Rekombinierung und Mobilisierung ökonomischer, politischer, kultureller und ethischer Präferenzen von Akteuren, zielen auf Internalisierung und die Internalisierungsgesellschaft und finden in der Verknüpfung von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit einen institutionellen und dynamischen Ausdruck. Die Soziale Arbeit wird in dieser Perspektive zu einem gewichtigen Akteur gesellschaftlicher Transformation in Richtung Soziale Nachhaltigkeit.

Das entspricht gerade in Deutschland nicht unbedingt ihrem Selbstkonzept, nicht selten versteht sie sich in einfacher Identifikation mit ihren Klientinnen und Klienten eher als Opfer einer kalten, ‚neoliberalen‘ Gesellschaft. Die seit einigen Jahrzehnten beobachtbaren Versuche, Ökologie und Soziale Arbeit in Beziehung zu bringen, scheiterten überwiegend an statischen oder gar (neo-)ständischen Konzeptionen, die sich an soziobiologistischen oder bestenfalls stadtsoziologischen Traditionen orientierten. Mehrebenenmodelle in der Tradition von Talcott Parsons oder Urie Bronfenbrenner gingen in der Polarisierung zwischen Handlungs- und Systemtheorie meist unter. Hier aber liegt das Potenzial für zeitgemäße Konzeptionen Sozialer Nachhaltigkeit in der Sozialen Arbeit, die sich systematisch – analytisch und somit immer kritisch – an die Sozialpolitik im Wohlfahrtsstaat anschließen müssen. Soziale Nachhaltigkeit ist in dieser Perspektive ein ‚garantistisches‘, menschenrechtliches Projekt, das parteipolitisch transzendent, wissenschaftlich anspruchsvoll und in der Praxis professionell ist und wirkt.

5 Politische Perspektiven und praktische Beispiele

Politisch-praktische Ansätze nachhaltiger Sozialpolitik lassen sich entlang der vier Regimetypen exemplarisch darstellen (vgl. dazu ausführlicher Opielka 2024b):

- Das *Energiegeld*, das in der Schweiz über die Krankenversicherer an die Bevölkerung ausgeschüttet wird, entspricht einem garantistischen Ansatz (für Deutschland: vgl. Stede/Bach u. a. 2020).
- Modelle wie das *Grundeinkommen* stehen für die Ausweitung der Sicherungssysteme im Sinne ökologisch-sozialer Gerechtigkeit (vgl. Opielka/Strengmann-Kuhn 2022; Opielka/Wilke 2024).
- Konzepte wie ein *Gesellschaftsjahr* oder *Sozialdienst* adressieren die interne Dimension nachhaltiger Vergesellschaftung.
- Die Vision einer *positiven Migrationspolitik* steht für eine global-solidarische Öffnung des Sozialstaats auf Basis menschenrechtlicher Standards (vgl. Haas 2023).

Diese Reformansätze zeigen: Soziale Nachhaltigkeit braucht eine kohärente Politikarchitektur, die normative Prinzipien mit institutionellen Innovationen

verbindet. Soziale Nachhaltigkeit erfordert ein hohes Niveau von Technikreflexion, sie setzt nicht auf Technikgläubigkeit, sondern auf die soziale Gestaltung von Technik, beispielsweise als „Soziale Digitalisierung“ (vgl. Opielka/Erfurth 2025).

6 Ausblick

Die ökologische Transformation ist ohne Soziale Nachhaltigkeit nicht zu haben. Sie ist nicht bloß flankierende Sozialpolitik, sondern Bedingung ihrer Legitimität und Stabilität. Eine zukunftsfähige Politik muss deshalb über sektorale Zuständigkeiten hinausdenken.

Das Konzept des Garantismus – als menschenrechtlich fundierter Sozialstaatsansatz – liefert hierfür einen normativen und institutionellen Bezugsrahmen. In Verbindung mit der Agenda 2030 und den Sustainable Development Goals eröffnet es Perspektiven für eine neue, gerechte Moderne. In der Forschung sollten vergleichende Studien zur Leistungsfähigkeit unterschiedlicher Regime-typen im Hinblick auf ökologische Transformation verstärkt werden. Die sozial-ökologische Aufklärung ist kein Elitenprojekt, sondern eine öffentliche Aufgabe von Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft.

Literatur

- Bach, Stefan/Opielka, Michael 2023: Klima-/Umwelt- und Sozialpolitik in der neuen Legislaturperiode. Probleme und Aufgaben. DIFIS-Studie 2023/3, Duisburg/Bremen.
- Bohnenberger, Katharina 2022: Klimasozialpolitik. Ein Forschungsstandbericht zur Verbindung von Klimapolitik und Sozialpolitik, Duisburg/Bremen.
- Carigiet, Erwin/Opielka, Michael 2006: Deutsche Arbeitnehmer – Schweizer Bürger? Zum deutsch-schweizerischen Vergleich sozialpolitischer Dynamiken, in: Erwin Carigiet u. a. (Hg.): Wohlstand durch Gerechtigkeit. Deutschland und die Schweiz im sozialpolitischen Vergleich, Zürich, 15–46.
- Collier, Paul 2019: Sozialer Kapitalismus! Mein Manifest gegen den Zerfall unserer Gesellschaft, München.
- Destatis/WZB/BiB (Hg.) 2024: Sozialbericht 2024. Ein Datenreport für Deutschland, Bonn.
- Die Armutskonferenz/Attac/BEIGEWUM (Hg.) 2021: Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten, Wien.
- Dörrie, Klaus 2022: Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution, Berlin.
- Esping-Andersen, Gösta 1990: The Three Worlds of Welfare Capitalism, Princeton.
- Görg, Christoph u. a. (Hg.) 2023: APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben, Berlin.
- Haas, Hein de 2023: Migration. 22 populäre Mythen und was wirklich hinter ihnen steckt, Frankfurt a. M.
- Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) 2022: Sozialatlas 2022. Daten und Fakten über das, was unsere Gesellschaft zusammenhält. Berlin.
- Kuran, Timur/Sunstein, Cass R. 1999: Availability Cascades and Risk Regulation, in: Stanford Law Review 51, 683–768.
- Nabernegg, Stefan 2021: Emissionen hin oder her: Wer stößt sie aus und wie viel ist zu viel? In: Die Armutskonferenz/Attac/BEIGEWUM (Hg.): Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten, Wien, 41–56.
- Opielka, Michael (Hg.) 1985: Die öko-soziale Frage. Alternativen zum Sozialstaat. Frankfurt a. M.
- Opielka, Michael 2008: Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, Reinbek.

- Opielka, Michael 2017a: Soziale Nachhaltigkeit. Auf dem Weg in die Internalisierungsgesellschaft, München.
- Opielka, Michael 2017b: Welche Zukunft hat der Sozialstaat? Eine Prognose, Berlin/Freiburg.
- Opielka, Michael 2023: Soziales Klima. Der Konflikt um die Nachhaltigkeit des Sozialen, Weinheim/Basel.
- Opielka, Michael 2024a: Soziale Nachhaltigkeit und Soziale Arbeit, Jena [<https://www.isoe.org/projekte/vortraege/soziale-nachhaltigkeit-und-soziale-arbeit-27-4-2024>, letzter Zugriff am 14.8.2025].
- Opielka, Michael 2024b: Nachhaltige Sozialpolitik. Wohlfahrtsregime und Nachhaltigkeitsregime, in: Sozialer Fortschritt 73, 481–500.
- Opielka, Michael/Erfurth, Christian (Hg.) 2025: Soziale Digitalisierung. Perspektiven zu den Schnittstellen von Technik und Gesellschaft, Wiesbaden.
- Opielka, Michael/Strengmann-Kuhn Wolfgang 2022: Bürgergeld und die Zukunft des Sozialstaats, in: Wirtschaftsdienst 102, 95–99.
- Opielka, Michael/Wilke, Felix (Hg.) 2024: Der weite Weg zum Bürgergeld, Wiesbaden.
- Shiller, Robert J. 2020: Narrative Wirtschaft. Wie Geschichten die Wirtschaft beeinflussen – ein revolutionärer Erklärungsansatz, Kulmbach.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung (WBGU) 2011: Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten, Berlin.
- Zimmermann, Katharina/Graziano, Paolo 2020: Mapping Different Worlds of Eco-Welfare States, in: Sustainability 12, 1–20.

Andreas Langer | Tobias Sander (Hrsg.)

Soziale Arbeit und Politikwissenschaft(en)

BELTZ JUVENTA

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Die Beltz Verlagsgruppe behält sich die Nutzung ihrer Inhalte für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor. Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Dieses Buch ist erhältlich als:
ISBN 978-3-7799-9661-3 Print
ISBN 978-3-7799-9662-0 E-Book (PDF)
ISBN 978-3-7799-9663-7 E-Book (ePub)

1. Auflage 2026

© 2026 Beltz Juventa
Beltz Verlagsgruppe GmbH & Co. KG
Werderstraße 10, 69469 Weinheim
service@beltz.de
Alle Rechte vorbehalten

Satz: Datagrafix GSP GmbH, Berlin
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza
Beltz Grafische Betriebe ist ein Unternehmen mit finanziellem Klimabeitrag
(ID 15985-2104-1001)
Printed in Germany

Weitere Informationen zu unseren Autor:innen und Titeln finden Sie unter: www.beltz.de

Inhalt

Einleitung	7
Soziale Arbeit und Politikwissenschaft – zur Einführung <i>Andreas Langer und Tobias Sander</i>	8
Megatrends	13
Wohlfahrtsstaatlichkeit im Krisenmodus Von der militär- zur sozialpolitischen Zeitenwende <i>Christoph Butterwegge</i>	14
Klimapolitik, Nachhaltigkeit und Soziale Arbeit <i>Michael Opielka</i>	25
Soziale Arbeit auf dem Parteienpfad: eher links und ausbaufähig <i>Günter Rieger</i>	35
Neue Einflüsse von Regulierung und Politikinitiativen auf EU-Ebene auf Soziale Arbeit <i>Mathias Maucher</i>	49
Demografischer Wandel, (inter-)nationale Seniorenpolitik und Soziale Arbeit <i>Dörte Naumann</i>	66
Wohnpolitik und Soziale Arbeit in Hamburg, Wien und Zürich <i>Marc Diebäcker, Simon Güntner und Christian Reutlinger</i>	78
Migrationspolitik: Machtvolle Unterscheidungspraktiken im Widerspruch zum Selbstverständnis Sozialer Arbeit <i>Arzu Çiçek</i>	94
Krieg und Frieden: Internationale Konflikte als Forschungsgebiet der Politikwissenschaft und Herausforderung für die Soziale Arbeit <i>Jochen Hille</i>	108
Das Smartphone: Artefakt des digitalen Alltags und dessen politische Konsequenzen für Soziale Arbeit <i>Andreas Langer</i>	123

Transformation der Handlungsfelder: politikwissenschaftliche Bezüge und Herausforderungen	143
Die (mögliche) Rolle der Sozialen Arbeit in der kommunalen Sozialplanung und Sozialpolitik <i>Holger Wunderlich und Julia Dösselmann</i>	144
Soziale Arbeit in der Politikverflechtungsfalle Befunde und Perspektiven zur Wohnungslosenhilfe im deutschen Sozialstaat <i>Uwe Schwarze</i>	160
Interessenvertretung: Politikwissenschaftliche Analyseperspektiven und Handlungsansätze für die Soziale Arbeit <i>Sigrid Leitner und Simone Leiber</i>	177
Partizipation und Soziale Arbeit Zwischen Ausschließung und Emanzipation <i>Mario Rund</i>	190
Inklusionspolitik zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen <i>Albrecht Rohrmann</i>	203
Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen als Transformationsimpuls für inklusive Arbeitsmärkte <i>Andreas Oehme</i>	215
Queere Armut: Politische Beispiele ihrer Verursachung und Überwindung <i>Benjamin Benz</i>	228
Sexarbeit zwischen Repression und Akzeptanz Die Rolle der Sozialen Arbeit <i>Elfriede Steffan und Harriet Langanke</i>	245
Die Rolle der Berufsverbände in der politischen Interessensvertretung und der Politisierung Sozialer Arbeit <i>Dieter Kulke</i>	262
Autor:inneninformation	277